



von Michael Winkler

Der Nachteil an den grossen Paketen

→ Erfolgreich – aber das Ganze hat einen Haken. So könnte man die Initiative der Wirtschaftskammer Liechtenstein zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf beschreiben.

Sie wurde mit der knappsten aller Mehrheiten (13 Stimmen) vom Landtag angenommen. Dass die Finanzierung der Kindertagesstätten per Gesetz geregelt werden sollte, stand bei den Volksvertretern im Land fast ausnahmslos ausser Frage. Dass mit der Initiative aber ein Päckchen geschnürt wurde, das nur schwierig aufzuschneiden ist, merkten die Abgeordneten dann, als es um den Beitrag der Familienausgleichskasse (FAK) zum Mutterschaftstaggeld ging. Diese beiden Dinge haben kausal nichts miteinander zu tun, sind aber beide ein Teil der Initiative. Die Wirtschaftskammer geht davon aus, dass die FAK diese Beiträge mühelos stemmen kann. Im Landtag relativierte der Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini aber und wies auf Probleme in der Zukunft hin. Spätestens nach dieser Information entstanden bei einigen Abgeordneten Bauchschmerzen. Diese waren zwar nicht so stark, dass man dem Vorschlag von Christian Batliner von der FBP folgte und diese beiden Themen voneinander entkoppelte, aber zumindest legt der Landtag die Initiative nun dem Volk zur Abstimmung vor, um sich zusätzlich abzusichern und zumindest das Gewissen zu beruhigen.

Hätte man dem Vorschlag zur Entkoppelung zugestimmt, wäre es vermutlich gar nicht zu einer Volksabstimmung gekommen. Wie Wolfgang Marxer von der Freien Liste anmerkte, wäre das Prozedere wohl länger gegangen, wenn noch einmal von einer Arbeitsgruppe darüber gebrütet worden wäre.

Traditionsgemäss hat die Wirtschaftskammer eine gute Lobby in der Liechtensteiner Politik. Zunächst ging man davon aus, dass die Initiative den Landtag recht locker passieren würde. Mit den angebrachten Bedenken – und der an und für sich nicht notwendigen Koppelung der beiden Anliegen – kann das Ganze jetzt doch noch einmal eng werden. Nicht selten scheitern gute

Ideen daran, dass sie mit weniger guten im Paket vorgelegt werden, das dann bachab geschickt wird.

Bachab geht es womöglich auch mit dem Ergebnis der Bundespräsidentenwahl in Österreich. Die Freiheitlichen haben vergangene Woche das Wahlergebnis wegen gravierenden Verstössen beim Wahlvorgang angefochten. Ende Mai hatte der Grüne Alexander van der Bellen mit rund 30 000 Stimmen Vorsprung den Freiheitlichen Norbert Hofer ausgestochen. Dieses Herzschatz-Finale könnte nun nichtig werden, wenn sich herausstellt, dass Hofer aufgrund dieser Ungereimtheiten die Wahl verloren hat. Der Verfassungsgerichtshof wird diese Unregelmässigkeiten nun ausführlich prüfen müssen. Zumindest der geplante Angelobungstermin am 8. Juli gerät dadurch in Gefahr. Sollte das Gericht den Fall nämlich bis zum 6. Juli nicht geklärt haben, wird unterdessen die Präsidiale des Parlaments die Geschäfte des Bundespräsidenten übernehmen. Teil dieses Dreiergremiums ist ironischerweise Norbert Hofer.

Themen der Woche auf Seite 10



Die «Liewo»
auf dem Smartphone



Initiative kommt vors Volk

Da kam es dann doch noch, das Bauchweh: Die Initiative der Wirtschaftskammer zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf verfolgt im Wesentlichen die Interessen der Politik. Allerdings herrschte Uneinigkeit über die Auszahlung des Mutterschaftstaggelds durch die Familienausgleichskasse (FAK). Nun stimmen die Liechtensteiner bald an der Urne ab.

→ Bis zur Volksabstimmung werden die Initianten, aber auch Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini, noch einiges an Aufklärungsarbeit vor sich haben, wenn sie wollen, dass die Liechtensteiner ihren Anliegen folgen. Die Wirtschaftskammer will die Finanzierung der Kitas durch ein Gesetz regeln. Das will der Gesellschaftsminister auch. Doch die Wirtschaftskammer will zudem das Mutterschaftstaggeld künftig von der Familienausgleichskasse (FAK) entrichten lassen. Und das will der Gesellschaftsminister nicht.

Wird die Initiative an der Urne abgelehnt, sind leider beide Themen vom Tisch, obwohl nur eines davon umstritten ist. Zu den Argumenten:

Die Wirtschaftskammer rechnet mit einem durchschnittlichen Überschuss der FAK-Rechnung von rund 9,5 Millionen Franken. Die Kosten für die Kita-Finanzierung würden sich auf 1,5 Millionen Franken, jene für das Mutterschaftstaggeld auf 6,5 Millionen Franken belaufen. Beide Vorhaben wären also finanziell gesichert. Und sie hätten den Vorteil für die Arbeitgeber, dass sich die Prämien durch den Wegfall der Mutterschaftsgelder um bis zu 15 Prozent reduzieren könnten.

Reservenabbau gibt zu denken

Nicht mehr ganz so optimistisch tönte es, nachdem die ersten Abgeordneten die Frage aufwarfen, inwiefern die

von der Wirtschaftskammer genannten Zahlen stimmen und ob die FAK die finanziellen Folgen auf lange Sicht stemmen kann. «Die beiden geforderten Geldströme werden zu einem Reservenabbau führen», ist Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini überzeugt. Da derzeit rund 100 Millionen Franken an Reserven vorhanden sind, würden diese zwar nicht von heute auf morgen aufgebraucht sein. Aber irgendwann müsse eingegriffen werden. «In den nächsten Jahren können wir nicht so grosse Kapitalmarktrenditen erwarten», so Pedrazzini. Ausserdem handle es sich dabei um Schwankungsreserven. «Damit können negative Entwicklungen abgefangen werden. Der

Fonds erfüllt die Rolle eines Beitragszahlers», so Pedrazzini.

Entkoppelung abgelehnt

Die Initiative der Wirtschaftskammer wurde knapp mit 13 von 25 Stimmen angenommen. 19 Abgeordnete sprachen sich für eine Volksabstimmung aus. Ein Gegenvorschlag der FDP, nur die Finanzierung der Kindertagesstätten neu zu regeln und das Mutterschaftstaggeld mittels einer Motion einer neuen Lösung zuzuführen, hatte keine Chance. «Mit der Diskussion über einen Gegenvorschlag setzen wir nur jene Diskussion, die wir jetzt haben, fort. Das wird nichts bringen», ärgerte sich der FL-Abgeordnete Wolfgang Marxer. **mw/dv**